



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# PUA

über die  
7. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses  
am Donnerstag, dem 17.11.2011  
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Thomas Blaschke  
Frau Marion Dyduch  
Herr Dieter Hartig  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Martin Köhler  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Ursula Müller  
Herr Marco Pincus  
Herr Volker Sekunde  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann

## CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Martin Niessner  
Herr Ernst-Dieter Standop

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Anke Schneider

## FDP

Frau Heike Schaumann

## fraktionslos

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses

Herr Heinrich Hellekemper  
Herr Gerhard Zielke

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein

Verwaltung

Herr Matthias Breuer  
Herr Reiner Brüggemann  
Herr Karsten Harrach  
Frau Monika Holtmann  
Herr Uwe Liedtke

Gäste

Herr Marco Fleischer

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili  
Herr Andreas Friedhoff  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Dip.-Ing. Anika Michalik  
Herr Gerrit Naujoks  
Herr Herwig Rabeneck  
Frau Ina Scharrenbach  
Herr Klaus Slomiany  
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Auf die in der Niederschrift hingewiesenen Präsentationen aus der Sitzung am 17.11.2011 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Kamen Sachstandsbericht der Verwaltung und des Büros SSR Schulten Stadt- und Raumentwicklung, Dortmund	
2	Flughafen Dortmund Antrag der Flughafen Dortmund GmbH auf Änderung der Betriebsge- nehmigung bezüglich der Betriebszeiten hier: Stellungnahme der Stadt Kamen	083/2011
3	Hauptbetriebsplan zur Durchführung eines Absaugversuches auf dem ehemaligen Zechengelände Monopol, Grillo 1, Lünener Straße/Herbert-Wehner-Straße, 59174 Kamen, der Fa. Minegas hier: Stellungnahme der Stadt Kamen	078/2011
4	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 36 Ka-Me "Wohnbebauung südlich Dorf Methler" hier: Aufstellungsbeschluss	077/2011
5	Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" und Beitritt als Gründungsmitglied zu dem Bündnis "Biologische Vielfalt in Kommunen" hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Kamen  
Sachstandsbericht der Verwaltung und des Büros SSR Schulten Stadt- und Raumentwicklung, Dortmund

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Herr **Lipinski** als Referenten Herrn Fleischer vom Büro SSR Schulten Stadt- und Raumentwicklung aus Dortmund. Das Büro ist mit der Erstellung des „Handlungskonzept Wohnen in Kamen“ beauftragt.

Zunächst erklärte Herr **Brüggemann**, dass zwischenzeitlich die vom Planungs- und Umweltausschuss gewünschte kleinräumige Untersuchung definierter Bereiche von der Verwaltung beauftragt wurde. Sobald die Auswertungen dazu vorliegen, werde im Planungs- und Umweltausschuss darüber berichtet.

In seinem ausführlichen Fachvortrag ging Herr **Fleischer** auf folgende Themenbereiche ein:

- Aufgabenstellung, Methodik, Projektablauf
- Demografische Rahmenbedingungen
- Wohnungsmarktanalyse
- Zwischenfazit
- Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen

Einzelheiten sind der Präsentation zu entnehmen, die über das Ratsinformationssystem verfügbar ist.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Fleischer für den ausführlichen und informativen Vortrag. Die weitere Diskussion und Aufarbeitung des Themas erfolge anschließend zunächst in den Fraktionen, wenn der Entwurf des Berichtes dort vorläge.

Für die SPD-Fraktion merkte Frau **Dyduch** an, dass die Informationen durch Herrn Fleischer sehr gut aufbereitet wurden. Ihre Fraktion werde sich im 1. Halbjahr 2012 intensiv mit der Thematik auseinandersetzen. Wichtige Grundlagen für die Arbeitsfelder Stadtentwicklung, Familien- und Sozialpolitik würden gegeben, die auch für die weitere Entwicklung und Steuerung von Bedeutung seien. Insgesamt bewertete sie die damit gesteckten Aufgaben als Herausforderung für die Zukunft. Die Thematik werde sicherlich auch in anderen Ausschüssen zu beraten sein.

Auf die Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zu den weiteren Abläufen erläuterte Herr **Brüggemann**, dass im Anschluss an die heutige Einbringung des Entwurfes zunächst die Beratung und Diskussion des Berichtes in den Fraktionen folge. Herr **Liedtke** ergänzte, dass der Entwurf des Handlungskonzeptes Wohnen zeitnah an die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses und die Fraktionen versandt werden soll.

*Hinweis der Verwaltung:*

*Mit Schreiben vom 14.12.2011 erfolgte der Versand des Entwurfs „Handlungskonzept Wohnen Kamen“, Stand: November 2011, an die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses, die OrtsvorsteherIn sowie die Fraktionen. Darüber hinaus ist der Bericht über das Ratsinformationssystem abrufbar. Diese Ausfertigung beinhaltet nicht die kleinräumige Untersuchung ausgewählter Siedlungsbereiche. Eine entsprechende Ergänzung wird noch erfolgen.*

Zu TOP 2.  
083/2011

Flughafen Dortmund

Antrag der Flughafen Dortmund GmbH auf Änderung der Betriebsgenehmigung bezüglich der Betriebszeiten

hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

**Beschluss:**

Der Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Kamen beschließt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens die nachfolgende Stellungnahme:

Die Stadt Kamen hat bereits in vergangenen Verfahren zur Erweiterung des Flughafens Dortmund Stellungnahmen abgegeben, zuletzt im Jahr 2002, u. a. bezüglich der damals beantragten Verspätungsregelung bis 23 Uhr.

Vor dem Hintergrund des jetzt vorgelegten Antrages wird -wie auch schon bei der Beratung des Gebietsentwicklungsplanes nach Stand 1995 durch die Stadt Kamen -zwischen dem für die Region bedeutenden Geschäftsflugverkehr und den Flügen mit touristischem Hintergrund differenziert. Eine Betriebszeitenerweiterung allein aus Geschäftsflugverkehr ist nicht vorgebracht. Insofern ist auf die Feststellung des Planungs- und Umweltausschusses aus dem Jahr 2002 zu verweisen, wonach Belästigungen der Anwohner weitestgehend zu vermeiden sind und die Betriebszeiten des Flughafens Dortmund ohne Ausnahme auf die Zeit von 6 Uhr bis 22 Uhr beschränkt bleiben müssen.

Entsprechend gilt diese Position auch für die aktuell beantragte Änderung der Betriebsgenehmigung.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
078/2011

Hauptbetriebsplan zur Durchführung eines Absaugversuches auf dem ehemaligen Zechengelände Monopol, Grillo 1, Lünener Straße/Herbert-Wehner-Straße, 59174 Kamen, der Fa. Minegas

hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

Mit dem Hinweis auf die vorliegenden Mitteilungsvorlage informierte Herr **Liedtke**, dass seitens der Bezirksregierung Arnsberg zwischenzeitlich der Antrag der Fa. Minegas zunächst aufgrund von möglichen Lärmschutzproblemen abgelehnt wurde. Der Antragsteller habe erklärt, einen neuen Antrag mit entsprechenden Ergänzungen bei der Bezirksregierung einzureichen. Die Stadt Kamen würde dann wiederum um Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gebeten. Eine neuerliche Beratung im Planungs- und Umweltausschuss wäre dann erforderlich.

Ergänzend teilte Herr Liedtke mit, dass der Vorschlag eines Kamener Bürgers, die Geräte zur Lärmreduzierung in die leerstehende Maschinenhalle zu stellen, aufgrund der schlechten Bausubstanz nicht umzusetzen sei.

Herr **Brüggemann** schlug vor, die vorliegende Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage umzuwandeln, sodass die vorliegende Stellungnahme für den Fall einer erneuten Beteiligung abgegeben werden könne.

Herr **Kühnapfel** erklärte sich prinzipiell mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Er kritisierte, dass der Antragsteller so wesentliche Genehmigungspunkte nicht beachtet habe.

Der Vorschlag von Herrn Brüggemann, die Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage umzuwandeln, wurde einstimmig angenommen.

### **Beschluss:**

Für den Fall eines weiteren Beteiligungsverfahrens wird folgende Stellungnahme der Stadt Kamen beschlossen:

„Grundsätzlich bestehen keine Bedenken gegen die beantragte Maßnahme. Allerdings ist sicherzustellen, dass eine Beeinträchtigung der sich im Umfeld befindlichen Wohnbebauung durch Lärm-, Geruchs- und Staubemissionen etc. ausgeschlossen wird. Darüber hinaus bitte ich Sie, mich am weiteren Verfahren zu beteiligen.“

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.  
077/2011

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 36 Ka-Me "Wohnbebauung südlich Dorf Methler"  
hier: Aufstellungsbeschluss

Herr **Diederichs-Späh** bat bei der Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes das beschlossene Konzept „Dorferneuerung Methler“ mit zu berücksichtigen (z. B. Grundstückseinfriedungen, Dachneigung, Fassaden, Obstwiesen). Darüber hinaus regte er an, die Straßen und Gebäude so auszurichten, dass die Nutzung von Solarenergie möglich sei.

Im Rahmen der Entwicklung des Bebauungsplanes würden auch Fragen wie die optimale Nutzung von Sonnenenergie berücksichtigt, führte Herr **Liedtke** aus. Darüber hinaus seien, u. a. auch mit Blick auf die unter TOP 1 vorgestellte Wohnungsmarktanalyse, Erkenntnisse daraus in die Planung einzubringen (z. B. bezüglich der möglichen Wohnformen). In der heutigen Sitzung ginge es jedoch lediglich um den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan; Planungsdetails würden in der weiteren Bearbeitung folgen.

Unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Wohnungsmarktanalyse lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Entwicklung des neuen Baugebietes mit dem Hinweis ab, dass noch genügend freie Baugebietskapazitäten (z. B. BPlan 17 Ka-HW) verfügbar seien, erklärte Herr **Kühnapfel**. Die Ausweisung eines weiteren Baugebietes sei derzeit insofern nicht erforderlich. Sinnvoll sei es ggf. jedoch, das Angebot „Seniorenwohnen“ auszuweiten. Seine Fraktion werde die vorliegende Beschlussvorlage ablehnen.

Herr **Liedtke** gab zu bedenken, dass Methler und Heeren als Wohnstandorte hinsichtlich der Nachfragestruktur nicht vergleichbar seien und auch nicht miteinander in Konkurrenz stünden. Nach derzeitigen Erkenntnissen bestünde Wohnbaubedarf in Methler. Welche Wohnformen in der weiteren Planung berücksichtigt würden, sei u. a. auch von den Erkenntnissen aus der Wohnungsmarktanalyse abhängig. Überschlüssig sei mit rd. 30 Wohneinheiten zu rechnen. Mit dem Aufstellungsbeschluss werde lediglich die bereits mit der Aufstellung des Flächennutzungsplanes 2004 vorgesehene Arrondierung des Bereiches umgesetzt. Eine großflächige Entwicklung von Wohnbebauung in dem Bereich sei nicht geplant.

Frau **Dyduch** teilte Herrn Liedtkes Auffassung, dass gerade aus der Region Dortmund Baugrundstücke in Methler nachgefragt würden. Sie sehe in der Ausweisung eines Baugebietes in Methler auch eine Möglichkeit, junge Familien zu gewinnen. Hinsichtlich der Planungen zur „Dorferneuerung Methler“ mache die Ausweisung eines Baugebietes an der Stelle Sinn und trage zur im Flächennutzungsplan beabsichtigten Arrondierung bei. Darüber hinaus teile sie die Auffassung von Herrn Liedtke, dass zunächst nur ein Aufstellungsbeschluss gefasst werde, der noch alle Gestaltungsmöglichkeiten offen lasse.

Zum Thema „Baulückenschließung“ wies Herr **Liedtke** darauf hin, dass in Kamen kein nennenswertes Baulückenpotential vorhanden sei, welches für Neubauinteressenten aktiviert werden könne. Zudem befinden sich die wenigen Flächen in privatem Eigentum, so dass der Einfluss der Stadt sehr begrenzt sei.

Herr **Standop** sprach sich für den Aufstellungsbeschluss aus. Seiner Meinung nach werde auch in Zukunft eine Nachfrage nach Neubbaumöglichkeiten bestehen.

Herr **Kühnapfel** entgegnete, dass er keine qualitativen Unterschiede zwischen den Ortsteilen Methler und Heeren-Werve zum Ausdruck bringen wollte. Er habe lediglich auf die Problematik möglicherweise zu erwartender Leerstände hinweisen wollen. Im schwindenden Bestand sei kein Bedarf für weiteren Flächenverbrauch erforderlich. Seiner Meinung nach sei aufgrund der zu erwartenden Entwicklung ein Arbeiten im bzw. am Bestand an Wohnbebauung erforderlich. Es sei seiner Meinung nach nicht originäre Aufgabe der Stadt Kamen, Flächen für Dortmunder für die Wohnbebauung zur Verfügung zu stellen. Auch das Argument, dass die Vermarktung aus finanzieller Sicht für die Stadt Kamen interessant sein könne, sei für ihn nicht vorrangig.

Im Rahmen der Diskussion wies Herr **Heidenreich** auf unterschiedliche Anforderungen der Nachfrager an den Immobilienmarkt hin, auf die auch reagiert werden müsse. Auch Kamener Bürger seien an Wohnbaugrundstücken in Methler noch interessiert. Zudem seien auch Zuzüge und Neukamener herzlich willkommen.

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-

Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 36 Ka-Me „Wohnbebauung südlich Dorf Methler“ gem. § 2 (1) BauGB (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des aufzustellenden Bebauungsplanes sind aus dem vorgelegten Lageplan ersichtlich).
2. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.

Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" und Beitritt als Gründungsmitglied zu dem Bündnis "Biologische Vielfalt in Kommunen"

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Vorab erklärte Herr **Brüggemann**, dass der Antrag zwar thematisch dem Planungs- und Umweltausschuss zuzuordnen sei, letztlich dieser jedoch nicht entscheiden könne, da dies in den Zuständigkeitsbereich des Rates falle. Darüber hinaus seien noch inhaltliche und finanzielle Fragen ungeklärt. Er schlug vor, die Abstimmung des Antrages an den Rat als zuständiges politische Gremium zu verweisen.

Anschließend begründete Herr **Kühnapfel** den vorliegenden Antrag. Zahlreiche Kommunen im Umfeld hätten bereits die Vereinbarung unterzeichnet. Es sei eine wichtige Aufgabe, die biologische Vielfalt in Kommunen zu erhalten. Durch die Schaffung eines Netzwerkes werden neue Impulse erwartet, um Bereiche mit hoher Biodiversität zu schützen und zu erhalten. Mit der Verschiebung der Abstimmung in die Sitzung des Rates könne er sich einverstanden erklären.

Ein entsprechender Antrag sei auf Kreisebene von der SPD initiiert worden, informierte Frau **Dyduch**. Die SPD-Fraktion schließe sich dem hier vorliegenden Antrag ebenfalls an. Es sollten jedoch noch detaillierte Informationen z. B. zu den Formalitäten und Finanzen eingeholt werden.

Für Herrn **Standop** seien auch noch viele Details ungeklärt (z. B. Art der Verpflichtung, Aufwand, Auswirkungen). Mit einer Abstimmung im Rat erklärte auch er sich im Namen der CDU-Fraktion einverstanden.

Zusammenfassend stellte Herr **Lipinski** fest, dass entsprechend der Erklärungen der Fraktionen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise zugestimmt werde. Insgesamt sei eine positive Grundauffassung festzustellen. Nach der weiteren Klärung von Details erfolge die Beratung des Antrages durch den Rat der Stadt Kamen.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## 6.1 Mitteilungen der Verwaltung

### 6.1.1

Baumfällungen Grimmstraße (s. Anlage zur Einladung PUA 17.11.2011)

Herr **Kühnapfel** lehne die geplanten Baumfällungen ab. Seiner Meinung nach sei diese umfassende Fällaktion nicht hinreichend begründet. Nur bei einzelnen Bäumen sehe er eine Fällung aufgrund des Zustandes als erforderlich an. Zudem werde das Straßen-/Quartiersbild darunter leiden. Die Zierkirschen werten das Straßenbild auf. Er bat um erneute Prüfung der Notwendigkeit und appellierte an den Eigenbetrieb, den gesunden Bestand weiter zu erhalten.

Die Kanalbaumaßnahme „Grimmstraße“ sei in der Sitzung des Betriebsausschusses am 08.11.2011 umfassend vorgestellt worden, erwiderte Frau **Dyduch**. Thematisiert wurde dabei auch die aus technischen Gründen notwendigen Baumfällungen. Ihrer Meinung nach sei dargestellt worden, dass diese Entscheidung mit großer Sorgfalt getroffen wurde und die Bäume nicht leichtfertig gefällt werden sollen. Darüber hinaus seien zu den beabsichtigten Fällungsarbeiten im Rahmen der Kanalbaumaßnahme Grimmstraße keine Bedenken im Betriebsausschuss vorgetragen worden.

Herr **Kühnapfel** erwiderte, dass seines Erachtens nach der Straßenquerschnitt für die Baumaßnahme ausreichend sei. Er vermisse die Sensibilität des Eigenbetriebes im Umgang mit Bäumen.

Herr **Harrach** berichtete, dass die Problematik mit den zuständigen Fachleuten des FB 70 umfassend erörtert und geprüft wurde. Erfahrungen bei anderen Kanalbaumaßnahmen in diesem Umfang (offene Bauweise, Errichtung eines großen Sammlers, Erneuerung von Hausanschlüssen) seien bei der Entscheidungsfindung herangezogen worden. Es sei davon auszugehen, dass statisch bedeutsame Wurzelbereiche im Straßenkörper bei der Baumaßnahme beschädigt würden. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf die Vitalität und Standfestigkeit der Bäume. Aufgrund der Vorschäden und der zu erwartenden Schädigungen müssten in jedem Fall einige Kirschen ersetzt werden, was ein „inhomogenes“ Erscheinungsbild fördere. Durch die geplante Neuanpflanzung im gesamten Bereich werde dagegen ein einheitliches und zukunftsorientiertes Straßenbild geschaffen.

### 6.1.2

Änderungsantrag der GWA „Umladestation für Hausmüll“ in Heeren-Werve, Mühlhauser Straße

Hinsichtlich der Planungen der GWA für das Gelände in Heeren-Werve, Mühlhauser Straße, werden die Verwaltung und der Bürgermeister auf die notwendige und erforderliche Transparenz im Umgang mit den Informationen hinwirken, informierte Herr **Brüggemann**. Die GWA habe signalisiert, dass im 1. Halbjahr 2012 ein neu formulierter Antrag der GWA bei der Bezirksregierung Arnsberg vorgelegt werden solle.

## 6.2 Anfragen

### 6.2.1

Durch die Abschaltung der Beleuchtung bei der Hochstraßenauffahrt Bahnhofstraße / Sesekedamm sei die Einmündung des Fuß- und Radweges Richtung Stiller Weg (Bolzplatz) nicht mehr beleuchtet, informierte Herr **Pincus**. Darüber hinaus regte er an, in der weiteren Wegeführung hinter dem Bolzplatz 2 weitere Lampen anzubringen.

Herr **Liedtke** erklärte, dass eine Lösung mit dem Umbau der Bahnhofstraße bzw. mit dem Rückbau der Beleuchtungsanlage im Bereich der Hochstraße diskutiert werden solle. In diesem Zusammenhang werde übrigens auch nach einer Lösung für die Ausleuchtung des Fußweges von der Bushaltestelle Hochstraße in Südkamen aufgegriffen. Eine zeitliche Konkretisierung sei derzeit noch nicht möglich.

### 6.2.2

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zur Zuständigkeit bei der nunmehr notwendigen Prüfung der Wasserleitungen auf Legionellen im Wohnungsbestand, teilte Herr **Brüggemann** mit, dass dies keine kommunale Aufgabe sei; weitere Informationen könne sicherlich das Gesundheitsamt des Kreises Unna dazu geben.

*Hinweis der Verwaltung:*

*Die o. g. Aufgabe gehört zum Bereich der Trinkwasserhygiene. Zuständig ist der Kreis Unna, FB 53.2 – Gesundheitsschutz und Umweltmedizin, Platanenallee 16, 59425 Unna. Ansprechpartner: Herr Manfred Günther, Tel. 02303/27-2054, E-Mail manfred.guenther@kreis-unna.de.*

### 6.2.3

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, in welcher Form die Stadt Kamen den Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vom 12.04.2010 berücksichtige, wonach bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und die Vergabeentscheidung einzubeziehen seien. Damit werde verbindlich vorgegeben, dass Umweltbelange ein integraler Bestandteil der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sei.

Zur Klärung dieser Anfrage sei es erforderlich, die mit Auftragsvergaben befassten Fachbereiche und Gruppen zu beteiligen. Eine Rückmeldung werde mit der Niederschrift gegeben, führte Herr **Brüggemann** aus.

*Antwort der Verwaltung (Vergabestelle v. 20.01.2012):*

*Der Runderlass der Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vom 12.04.2010 sieht vor, dass die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz bei allen Beschaffungsvorgängen zu berücksichtigen sind. Wenn bei der Beschaffung umwelt- und energieeffizienzbezogene Mindestanforderungen festzulegen sind, sind sie in der Leistungsbeschreibung oder als Eignungskriterien aufzunehmen. Zudem können sie als Wertungskriterium bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes einbezogen werden.*

*Die Stadt Kamen berücksichtigt die Mindestanforderungen bei der Aufstellung der Leistungsverzeichnisse. Dies hat den Vorteil, dass Angebote, die den Anforderungen des Leistungsverzeichnisses und somit festgelegter umwelt- und energieeffizienter Mindestanforderungen nicht entsprechen, von vornherein ausgeschlossen werden.*

*Grundsätzlich werden alle umweltrechtlichen Normen und Aspekte eingehalten. Dies umfasst bei der Stadt Kamen sowohl den Baubereich als auch die Anschaffung von Lieferleistungen.*

*Beispielhaft sind u. a. folgende Beschaffungsvorgänge genannt:*

- die Beachtung der jeweils gültigen Energieeinsparverordnung (EnEv) bzgl. Gebäudehüllen im Baubereich;*
- der Einsatz von regenerativen Energien;*
- die Beschaffung von Fahrzeugen (Feuerwehr / Baubetriebshof) unter Berücksichtigung von unter anderem der Abgasnorm EURO 5;*
- Anschaffungen in der Datenverarbeitung, einschließlich Drucker und Kopierer werden aus Rahmenverträgen mit dem Dachverband der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale in NRW mit der Vorgabe unterschiedlichster Zertifikate aus dem Bereich Umweltschutz und Energieeffizienz bezogen;*
- die Beschaffung von persönlicher Ausrüstung der Feuerwehr erfolgt unter Berücksichtigung entsprechender Gütesiegel, Zertifizierungen und Normen.*

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 18.30 Uhr.

gez. Friedhelm Lipinski  
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke  
Schriftführer